

## DAS DOKUMENT

### Solidarität mit den spanischen Arbeitern

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften und der Internationale Bund der Christlichen Gewerkschaften haben gemeinsam die Internationale Arbeitsorganisation aufgefordert, eine Mission nach Spanien zu entsenden. In einem Schreiben an Generaldirektor *Morse* betonten die beiden Generalsekretäre, *Omer Becu* für den IBFG und *Auguste Vanistendael* für den IBCG, den Ernst der Lage in Spanien und die Notwendigkeit einer schnellen Lösung für das Problem der Gewerkschaftsrechte. Sie ersuchten Generaldirektor *Morse*, dem Verwaltungsrat der IAO ihren Vorschlag zu unterbreiten, eine Mission zu einer ausführlichen Prüfung der Lage und der Möglichkeiten, die Ausübung freier Gewerkschaftsrechte schnell zu erreichen, nach Spanien zu entsenden.

Diese Aufforderung wurde auf einer Sitzung des *Gemeinsamen Spanienausschusses* des IBFG und des IBCG am 4. Juni 1965 in Genf beschlossen. Die gleiche Sitzung beschloß auch, gegen die Mandate des von der spanischen Regierung benannten Arbeitnehmersvertreters für die Internationale Arbeitskonferenz Einspruch zu erheben. Der Ausschuß nahm ferner die nachstehende Erklärung an:

„Der am 4. Juni 1965 in Genf tagende Gemeinsame Spanienausschuß des IBFG und des IBCG hat sich mit der jüngsten Entwicklung in Spanien befaßt. Er erinnert an die gemeinsame Erklärung der beiden Internationalen vom 23. Dezember 1960, in der sie sich feierlich verpflichteten, ihre gemeinsame Aktion so lange fortzusetzen, bis die grundlegenden Freiheiten, und insbesondere die Vereinigungsfreiheit, in Spanien wiederhergestellt seien, damit die spanischen Arbeiter in ihrer wiedergewonnenen Freiheit sich selbst die Organisationsform wählen könnten, die ihren Wünschen entspreche.

Der Ausschuß ruft die spanischen Arbeiter und die internationalen Gemeinschaften zur Wachsamkeit gegenüber Manövern auf, die dazu dienen sollen, die Diktatur zu verewigen. Er erklärt, daß die sogenannte Liberalisierungspolitik des Regimes der öffentlichen Meinung in Spanien und in der Welt nur vorge spiegelt wird, solange nicht die Gewerkschaftsrechte entsprechend den Übereinkommen 87 und 98 der IAO über die Gewerkschaftsfreiheit und das Recht auf Zusammenschluß und Kollektivverhandlungen gewährt werden.

Der Gemeinsame Ausschuß bekennt sich erneut zur *vollen Solidarität mit den spanischen Arbeitern* in ihrem Kampf um die Freiheit. Er ruft die gesamte freie Gewerkschaftsbewegung Spaniens und der Welt auf, ihre Tätigkeit zu koordinieren und auf allen Gebieten zusammenzuarbeiten.“

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

### *Auf dem Weg zum dritten Weltkrieg?*

„Am Rande des Abgrunds“ ist ein Leitartikel überschrieben, den die *Frankfurter Rundschau* in ihrer Nr. 133 vom 11. Juni 1965 veröffentlicht; Verfasser dieses Artikels ist *Heinz Pol*, der seit vielen Jahren als Korrespondent deutscher Zeitungen in Washington lebt und zu den besten Kennern der USA-Politik gerechnet werden darf. *Heinz Pol* schreibt:

„Die amerikanische Außenpolitik befindet sich in einer Krise, und Präsident *Johnson*, der die Außenpolitik in höchster Instanz entscheidet und für sie die Verantwortung trägt, ist das Objekt einer Vertrauenskrise von einem Ausmaß, wie man sie in der modernen Geschichte der USA kaum erlebt hat. Das sind starke Worte, aber sie sind einer Situation gemäß, in der nicht nur für Amerika, sondern für die ganze Welt ein Mangel an Offenheit und Klarheit zu höchst gefährlichen Resultaten führen kann.

Der Krieg in Vietnam wird in Europa noch immer in der Hauptsache als eine Angelegenheit angesehen, die nur die USA angeht. Als ein bedauernswerter lokaler Konflikt, der glücklicherweise sehr weit entfernt von all den anderen Krisen liegt, die die übrige Welt beschäftigen. Aber diese Auffassung ist von den Ereignissen längst ad absurdum geführt. Der Vietnam-Krieg ist schon lange keine lokale Angelegenheit mehr. Er ist zu einem Problem geworden, dessen Folgen allein deshalb unübersehbar sind, weil es mittlerweile ganz andere Dimensionen angenommen hat. Die Frage erhebt sich — und sie wird seit einigen Wochen in verantwortlichen amerikanischen Kreisen offen genug diskutiert —, ob der Vietnam-Konflikt, wenn er sich in derselben Richtung weiterentwickelt wie bisher, zum *dritten Weltkrieg* führen könne. Allein die Fragestellung enthüllt, wie ernst die Situation geworden ist.

Die Sorge um die Entwicklung in Südostasien, die von Tag zu Tag explosiver wird, bleibt auf sehr enge Kreise beschränkt. Man beschäftigt sich mit näherliegenden Problemen, an denen Europa ja keinen Mangel hat. Aber

alle Zukunftspläne über ein neues Europa, über eine neue NATO oder über ein wieder vereinigtes Deutschland mögen von dem Feuerregen eines Krieges vernichtet werden, der von Südostasien aus den Erdball niederbrennt.

Man spricht davon — und glaubt damit schon den Höhepunkt einer pessimistischen Beurteilung erreicht zu haben —, daß sich der Vietnam-Konflikt in eine Art Korea-Krieg ausweiten könne. Präsident Johnson hat amerikanischen Truppen erlaubt, direkt in den Kampf einzugreifen. Die ersten australischen Kontingente sind in Saigon eingetroffen, Truppen aus Südkorea sind angekündigt, und der unermüdete *Tschiang Kai-schek*, der noch immer auf seine Stunde hofft, hat seine militärisch nicht zu unterschätzende Formosa-Armee angeboten.

Aber der Vergleich mit Korea hinkt, denn damals waren nur die USA (zusammen mit Kontingenten der freien Welt) und ein noch in den Kinderschuhen steckendes China in den Konflikt hineingezogen worden, während Moskau beiseite stand. Diesmal steht die Sowjetunion ganz und gar nicht abseits. Diplomatisch und militärisch konzentrieren sich die drei Weltmächte in immer stärkerem und gefährlicherem Maße auf den Vietnam-Schauplatz. Wenn diese Konzentrierung nicht in verhältnismäßig kurzer Zeit, nämlich vor Erreichung des sogenannten ‚point of no return‘ zu einer friedlichen Lösung führt, so muß sie unvermeidlich zunächst alle unmittelbar Beteiligten und dann die ganze Welt in die dritte und voraussichtlich letzte Katastrophe hineinreißen.

Kann dieser Lauf noch gestoppt werden? Der Kongreß scheint sich endlich etwas mehr für das zu interessieren, was in Südostasien gespielt wird. Die Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses haben angefangen, sich darüber zu wundern, ob der Präsident, trotz all seiner konstitutionellen Privilegien das Recht habe, einen regelrechten Krieg gegen ein anderes Land zu führen, ohne den Kongreß aufzufordern, eine formelle Kriegserklärung abzugeben. Zwar hat der Kongreß nach dem ersten Zwischenfall in der Tongking-Bucht im August 1964 dem Präsidenten unbeschränkte Vollmachten für Vietnam gegeben. Aber niemand dachte damals, daß der Konflikt die heutigen Ausmaße annehmen würde. Plötzlich sieht man sich vor eine Situation gestellt, mit der man nicht gerechnet hatte.

Nach Verfassung und Tradition ist und bleibt das Gebiet der Außenpolitik dem Präsidenten, seinem Kabinett und seinen Ratsgebern vorbehalten. Selbstverständlich besitzen beide Häuser des Kongresses ihre Außenpolitischen Ausschüsse, die in ständigem Kontakt mit dem Weißen Haus und dem Außenministerium stehen und von diesen über alle wichtigeren Entwicklungen in meist vertraulicher Form informiert werden. Infolge der

Vorrechte des Präsidenten und der engen Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative sind außenpolitische Debatten im Kongreß eine fast unbekannte Sache. Man vermeidet öffentliche Aussprachen, insbesondere dann, wenn die Meinungen geteilt sind. Statt dessen zieht man es vor, hinter geschlossenen Türen zu verhandeln und nach außen hin, besonders in Kriegszeiten, Geschlossenheit und Einigkeit zur Schau zu tragen.

Um so bedeutsamer ist eine Entwicklung zu bewerten, die sich jetzt anbahnt, und die darauf hinzielt, vom Kongreß her die Außenpolitik des Weißen Hauses nicht nur zu kritisieren, sondern auch zu beeinflussen und in eine andere Richtung zu lenken. Die erste Initiative geht von 28 Mitgliedern des Repräsentantenhauses aus, die den Auswärtigen Ausschuß aufgefordert haben, so schnell wie möglich öffentliche Sitzungen abzuhalten, die sich ausschließlich mit der Südostasien-Politik der Regierung beschäftigen. Es sollen Beobachter und Fachleute aus allen Kreisen der Bevölkerung gehört werden, vor allem jene, die die Außenpolitik der Regierung mißbilligen.

Das Vorgehen der 28 Parlamentarier ist um so bemerkenswerter, als es sich ausschließlich um Mitglieder der Demokratischen Partei handelt. Es sind also in erster Linie Opponenten aus dem eigenen Lager, mit denen Johnson zu rechnen hat. Im Senat ist man bisher noch nicht soweit gegangen, aber ein großer Teil der bekanntesten und einflußreichsten Senatoren hat in der letzten Zeit öffentlich davor gewarnt, den gegenwärtigen Vietnam-Kurs fortzusetzen, weil er zu einer Katastrophe führen müsse.

Vielleicht charakterisiert nichts besser die gefährliche Lage, in die die Welt hineinzurutschen droht, als die Worte, die der höchst konservative demokratische Senator *Gore* (Tennessee) aussprach: „Es scheint mir, daß unser Land in Vietnam das Schicksal herausfordert, das zu der größten Tragödie führen kann, die unser Land je erlebt hat.“

#### *Visionen von einem sozial-gerechten Staat*

Im Juniheft 1965 der *Quelle* hat *Hans Dohrenbusch*, Chefredakteur des *Aufwärts*, über die Eindrücke berichtet, die er in den letzten Monaten auf den Jugendkonferenzen dreier DGB-Gewerkschaften — der IG Druck und Papier, der IG Metall und der Deutschen Postgewerkschaft — gewonnen hat. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Betrachtungen möchten wir den Aufsatz von Hans Dohrenbusch auch unseren Lesern zugänglich machen:

„Diese jungen Menschen, alle im Arbeitsprozeß stehend, haben nichts von jener Ro-

mantik an sich, die einst die deutsche Jugendbewegung beherrschte. Sie wissen, wer Internationale Mailand und Real Madrid, wie der Tabellenstand der Bundesliga ist, sie wissen über Jazz Bescheid und viele von ihnen wissen etwas über die Gruppe 47 und ihre Autoren. Wenn sie im Rhythmus von zwei bis drei Jahren zu ihren Jugendkonferenzen zusammenkommen, um über die vergangene Arbeit zu diskutieren und für die kommende die Richtlinien festzulegen, dann zeichnet sie vor allem ein sehr waches politisches Interesse aus. Sie gehören zu den 12 vH der deutschen Jugend, von denen Professor *Walter Jaide* in seiner Untersuchung über Werthaltungen und Leitbilder der Jugendlichen sagt, daß sie politisch engagiert sind.

So ist es nicht verwunderlich, daß auf den Konferenzen politische Fragen im Vordergrund stehen. Die jungen Gewerkschafter wissen Bescheid über Deutschlands furchtbare Vergangenheit, und sie wollen nicht, daß so etwas wieder passiert. Aus dieser Grundhaltung heraus verfolgen sie das politische Geschehen in der Bundesrepublik und in der Welt. *Augstein* und *Strauß*, *Adenauer* und *Wehner*, *Höcherl* und *Erler*, *Franco* und *Mao*, *Ulbricht* und *Willy Brandt*, *Nasser* und *Ben Gurion* sind für sie Personenbegriffe, mit denen sie eine bestimmte politische Haltung verbinden. Ihr Urteil ist meist sehr scharf. Pragmatismus lassen sie gerade noch gelten, Opportunismus ist für sie ein Greuel.

Nationalismus ist dieser Jugend fremd. Sie lächeln mitleidig, wenn ihnen jemand mit einem neuen Nationalgefühl kommt. Wenn das Wort Vaterland für sie einen Begriff darstellt, dann heißt er Europa. Was in Vietnam und San Domingo passiert, das verfolgen sie und nehmen leidenschaftlich Stellung. Rassenhaß ist für sie ein unmoralischer Begriff. Spricht man mit diesen Jugendlichen, so ist man immer wieder erstaunt, wie sehr ihr Gefühl sich mit denen verbunden hat, die, gleich welcher Hautfarbe, in der Unterdrückung oder Gefahr (wie Israel) leben. Da ihre Urteile meist moralisch sind, verbieten sich für sie Pluralurteile. Sie sind gegen Befehle, sie wollen diskutieren, sie wollen Einsicht gewinnen. Sie wollen nicht politisch kommandiert werden. Sie wollen auch mit ihren politischen Gegnern, auch mit den Kommunisten, diskutieren. Langanhaltenden Beifall ertete der Vorsitzende des Jugendausschusses der Deutschen Postgewerkschaft, *Hans Busch*, als er zu den jungen Delegierten sagte: „Warum verbietet man uns, eine Beobachterdelegation nach Algier zu entsenden? Sind wir denen, mit denen wir sprechen wollen, nicht haushoch überlegen? Ist unsere Bundesrepublik, bei aller Kritik, die wir zu üben haben, nicht in vielen Dingen besser als jeder kommunistische Staat? Geht die Welt unter, wenn wir uns am Ostermarsch beteiligen?“

Was berechtigt diese jungen Menschen zu einer solchen Sprache? Nur ihre Jugend? Das wäre Narrenfreiheit. Nun, sie leisten etwas. Wer die Berichte verfolgte, die sie von ihrer Kleinarbeit gaben, bekam einen Begriff davon, wie sehr sie sich für ihre jungen Kollegen im Betrieb einsetzen, sei es als junger Vertrauensmann, sei es als Betriebsjugendvertreter, sei es als Jugendpersonalvertreter. Arbeiten, die aus Idealismus getan werden, wobei sie leider noch oft gegen den Widerstand ihrer älteren Kollegen zu kämpfen haben, die in ihnen eine lästige Konkurrenz sehen oder sie nicht für voll nehmen.

Sie können über Erfolge berichten, nicht nur nimmt die Zahl der jugendlichen Mitglieder in ihren Gewerkschaften zu (so hat zum Beispiel die Deutsche Postgewerkschaft in zehn Jahren die Zahl ihrer Mitglieder unter 21 Jahren von 21 000 auf über 48 000 erhöhen können), sondern sie erobern auch die Vertretungen der Jugend in den Betrieben von Wahl zu Wahl mehr. Es sind nicht weltbewegende Dinge, die sie für ihre jungen Kollegen in den Betrieben durchsetzen, manchmal geht es nur darum, daß die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes eingehalten werden. Oder es geht darum, daß die Jugendlichen wirklich etwas lernen und nicht für Arbeiten verwendet werden, die mit einer Lehrzeit nichts zu tun haben, oder es geht darum, daß für die jungen Menschen Bildungsurlaub gegeben wird. Kurz, sie sind die Wahrer des Jugendrechts in ihren Betrieben. Eine immense ehrenamtliche Kleinarbeit, die das Gefühl der Solidarität unter den jungen Menschen stärkt.

Sie wissen, wie schwer es junge Arbeitnehmer in unserer Bundesrepublik haben, immer wieder erinnern sie sich daran, daß sie über ein Jahrzehnt für ein zeitgemäßes Jugendarbeitsschutzgesetz kämpfen mußten, wie sie heute für ein so bitter notwendiges Berufsausbildungsgesetz, das unserer Zeit entspricht, zu kämpfen haben. Nichts wird ihnen geschenkt. Die arbeitende Jugend ist nach wie vor das Stiefkind der Bundesrepublik.

Auf einer Konferenz wurde unter großem Beifall ein Ausspruch von *John F. Kennedy* (für viele ein Vorbild) zitiert, der besagt, daß junge Menschen Visionen haben sollen, denn ohne Visionen sterbe ein Volk.

Nun, diese Jugend hat vor allen Dingen Visionen von einem sozialen Rechtsstaat, in dem eine andere Wirtschaftsordnung Platz haben müßte, die nicht mehr und mehr die gesamte Wirtschaftsmacht in einzelne Hände übergehen läßt. Sie will nicht, daß die Demokratie durch Notstandsgesetze eingeschränkt wird, sie will nicht, daß in unserem Staat mehr und mehr aufgerüstet wird, sondern sie wünscht, daß man sich auf Seiten der Regierung für die Abrüstung einsetzen soll. Sie will nicht die Einschränkung der Pressefreiheit, sondern die Freiheit der Presse bewahren.

In ihren Gruppen hat diese Jugend sich zu kleinen Gemeinschaften zusammengeschlossen. Sie redet über die politischen Ereignisse, über Literatur und Kunst, sie treibt Sport, macht Musik, bildet Jugendkabarets und Laienspielgruppen, sie tanzt und reist gern und ist fröhlich.

Daß ihr manchmal das Lachen vergeht, dafür sorgen allzu viele Ereignisse in der Politik der Bundesrepublik und der Welt. Und dann erhebt sie ihre Stimme, geht nicht selten auf die Straße und macht ihrer Empörung Luft. Und das ist gut so.

Mir haben diese drei Jugendkonferenzen die Gewißheit gegeben, daß es um den Nachwuchs unserer großen Gewerkschaftsbewegung gut bestellt ist und diese Jugend, wenn sie erwachsen ist, die Visionen von einem sozialgerechten Staat nicht vergessen wird."

### Kein Maulkorb für politische Flüchtlinge!

Unter diesem Titel schreibt der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete *Peter Blachstein* in Nr. 22 der *Zeit*:

„Vor einigen Tagen hat ein bekannter algerischer Politiker, der als Flüchtling in die Bundesrepublik kam, eine Pressekonferenz abgehalten. Dabei hat er scharfe Kritik an der diktatorischen Regierungsweise des algerischen Staatschefs Ben Bella geübt und zu den deutsch-arabischen wie deutsch-israelischen Beziehungen Stellung genommen. Darauf hat das Auswärtige Amt in scharfer Form jede politische Betätigung von politischen Flüchtlingen, die in der Bundesrepublik politisches Asyl genießen, als unzulässig erklärt. Jede Äußerung, die die Beziehungen der Bundesrepublik zu anderen Staaten belastet, sei verboten.

Diese Haltung des Auswärtigen Amtes mag für seine Bürokraten bequem sein. Im Interesse der Bundesrepublik und der freien Welt liegt sie nicht. Das Asylrecht sollte nicht nur bedeuten, daß des Verfolgten Leib und Leben geschützt wird. Es sollte ihm auch möglich sein, Verfolgungen, Unterdrückung und Terror im eigenen Land der Öffentlichkeit des Gastlandes und der Welt bekanntzumachen.

Das Gastland muß von politischen Flüchtlingen die Respektierung der Gesetze fordern. Es darf erwarten, daß sich die Gäste nicht in die Politik des Gastlandes einmischen. Die Auseinandersetzung auf dem Boden der Bundesrepublik unter den Angehörigen verschiedener Strömungen des Heimatlandes darf nicht mit ungesetzlichen oder gar terroristischen Methoden geführt werden.

Wir haben einiges erlebt an Mißachtung unserer Gesetzlichkeit und Souveränität durch organisierte Entführung, Attentate und Mord. Das ist unerträglich, und die deutschen Behörden haben alles zu tun, um auch Ausländer

zur strikten Einhaltung der deutschen Gesetze zu zwingen. Ausländer — auch politische Flüchtlinge —, die dazu nicht bereit sind, sollten wissen, daß sie auch die Ausweisung riskieren.

Ein freies Land, das vor nicht langer Zeit selbst eine schreckliche Diktatur erleiden mußte, sollte aber politischen Flüchtlingen nicht den Maulkorb umhängen und sie nicht zu hindern versuchen, für die Freiheit in ihrem Land von unserem Land aus zu wirken. Das mag für die Bundesregierung einige Spannungen zu anderen Regierungen bedeuten, die wir aber aus humanitären und politischen Gründen auf uns nehmen sollten.

So wie das Auswärtige Amt 1965 von den politischen Flüchtlingen in der Bundesrepublik politische Abstinenz fordert, so forderte es auch zu Hitlers Zeiten von den europäischen Nachbarstaaten, den deutschen Flüchtlingen jede politische Tätigkeit zu verbieten. Trotz des massiven Drucks der Reichsregierung haben sich die demokratischen Nachbarn damals nicht zwingen lassen, den deutschen Flüchtlingen den Kampf gegen Hitlers Verbrechen zu verbieten. Als einer, der damals die politische Freiheit seiner Gastländer genoß und zum Kampf gegen den Nationalsozialismus ausnützte, möchte ich nicht verschweigen, daß auch wir damals von den Regierungen um Zurückhaltung gebeten wurden. Wir haben uns um Loyalität gegenüber unseren Gastländern bemüht, aber den Kampf gegen den Nationalsozialismus als unsere ständige Aufgabe nicht verdrängen lassen.

So wie die demokratischen Länder damals Asylrecht und Kampf um die Freiheit als unveräußerliche, demokratische Grundrechte auch der deutschen Emigration sicherten — obgleich ihnen daraus außenpolitische und wirtschaftliche Schwierigkeiten entstanden —, sollte die Bundesrepublik den ausländischen politischen Flüchtlingen politische Freiheit garantieren."

### Hinweise

Die Monatsschrift *Atomzeitalter* (Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M.) hat in den letzten Heften wieder eine Reihe besonders lesenswerter Aufsätze veröffentlicht. In Heft 3 sind die Abhandlungen von Thomas C. Schelling, Seymour Melman und Claus Koch zu Problemen der Rüstungsindustrie und den wirtschaftlichen Folgen einer Abrüstung hervorzuheben, ferner ein Erfahrungsbericht „Als Soziologiestudent in der Bundeswehr“ von Wildo Mosen. In Heft 4 und 5 findet sich eine umfangreiche Untersuchung von Ludwig Auerbach über „Management und Ausbildung in der DDR“; über das „Neue Ökonomische System“ in der DDR bringt Heft 5 den ersten Teil einer Abhandlung von Manfred Rexin. Ferner in Heft 4 ein Aufsatz „Tradition und

Kontinuität der deutschen Frage" von Imanuel Geiss sowie Materialien zu den Themen Publizistischer Landesverrat — Automation im graphischen Gewerbe — Erhards „Formierte Gesellschaft"; in Heft 5 eine interessante Betrachtung zu Möglichkeiten einer außerparlamentarischen gesellschaftlichen Opposition in der Bundesrepublik von Heinz Theo Risse.

*Vorgänge*, die Monatsschrift der Humanistischen Union (Szczesny Verlag, München 9, Geiseltasteigstraße 116) bringt in Heft 4 und Heft 5 wichtige Materialien und Aufsätze zu der Auseinandersetzung um das Konkordat in Niedersachsen, zur Aktion „Saubere Leinwand" und zu anderen Zensurforderungen, zur Notstandsgesetzgebung usw.

*Forum* (Wien VII, Museumstr. 5) veröffentlicht im Doppelheft Juni/Juli 1965 einen interessanten Versuch: vierzig Autoren — darunter Willy Brandt, Julius Deutsch, Iring Fettscher, Josef Hindels, Norbert Leser, Eduard März, Oswald von Nell-Breuning — definieren in maximal hundert Worten, was nach ihrer Ansicht „Sozialismus heute" ist.

Dem Thema „Beamte heute" hat der *ÖTV-Vertrauensmann* sein Juniheft 1965 gewidmet. Auf ein Geleitwort von Heinz Kluncker folgen mehr als ein Dutzend Aufsätze, von denen die folgenden hervorgehoben seien: Koali-

tions- und Meinungsfreiheit im öffentlichen Dienst (Gerhard Schmidt), Der Beamte und das Parlament (Hermann Schmitt-Vockenhausen), Der Beamte in der öffentlichen Meinung (Werner Behr), Der Beamte in der Gewerkschaft (Henry Lillidi).

*Moderne Welt*, Vierteljahrszeitschrift für vergleichende geisteswissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Forschung, herausgegeben vom Arbeitskreis für Ost-West-Fragen in Vlotho/Weser, erscheint jetzt im Econ-Verlag, Düsseldorf. Heft 1/1965 bringt vor allem Abhandlungen, „die deutlich machen, daß sich neue Entwicklungstendenzen im kommunistischen Lager nicht nur in allen Ländern des europäischen Ostblocks bemerkbar machen, sondern auch auf allen Wissenschaftsgebieten zu beobachten sind", wie der Herausgeber Prof. Dr. Walter Hildebrandt im Vorwort zu diesem Heft bemerkt. Die einzelnen Themen: Demokratie und Freiheit der Persönlichkeit in der neueren Entwicklung des Sowjetrechts (Klaus Westen) — Marxismus oder Humanismus? Gedanken über die revisionistischen Richtungen kommunistischer Sozialphilosophie (Ervin Laszlo) — Soziologie als Instrument der Politik, Zum Aufbau der Soziologie in der DDR (Peter Christian Ludz) — Das Eigentums- und Erbrecht in der Sowjetunion (Hans Niedermeier). W. F.

## BUCHBESPRECHUNGEN

### DEUTSCHE PRESSE SEIT 1945

Herausgegeben von Harry Pross. Mit Beiträgen von Helmut Cron, Walter Fabian, Günther Gillessen, Harold Hurwitz, Cordes Koch-Mehrin, Manfred Kötterheiridi, Helmut Lindemann, Karl Pawek, Fritz Sänger, Richard Schmid, V. O. Stomps. Scherz Verlag, Bonn und München 1965. 256 S., Ln. 17,80 DM.

Die Presse in ihrer vielfältigen Gestalt hat vermöge ihrer Einwirkungsmöglichkeit im guten wie im schlechten eine gewaltige Bedeutung. Deshalb ist dem Herausgeber *Harry Pross* zu danken, daß er im vorliegenden Buch namhafte Mitgestalter dieses Einwirkungsmittels zu einer umfassenden Darstellung der Materie vereinigt hat. Die Persönlichkeiten, die hier zu Wort kommen, haben nicht alle die gleiche Meinung in allen Fragen, aber im Kern stimmen sie überein: Die Presse hat die Aufgabe, ihre Leser sachlich zu informieren und sie zum eigenen Nachdenken, zur eigenen Urteilsfähigkeit anzuregen. Und: die Presse- und Meinungsfreiheit muß unangetastet bleiben! Unter diesem Aspekt legen die Autoren nicht nur dar, welche bedeutenderen Presseerzeugnisse es in der Bundesrepublik bzw. in ihren

verschiedenen Teilen gibt. Sie machen auch kritische Anmerkungen und sind bemüht, die speziellen Eigenarten und Aufgaben der von ihnen jeweils behandelten Gattung herauszustellen.

*Harold Hurwitz* schildert in kritischer Weise die unterschiedliche Pressepolitik der Alliierten der Westzonen in den ersten Nachkriegsjahren, *Koch-Mehrin* die Presse der sowjetischen Besatzungszone. *Kötterheirich* behandelt die Gefahren einer zu weitgehenden Konzentration der Presse. *Fritz Sänger* referiert über die Nachkriegsagenturen, wobei ihm seine langjährige Erfahrung als Leiter von dpa zugute kommt; er legt großes Gewicht auf die Frage der Nachrichtenauswahl und die Notwendigkeit des eigenen gründlichen Wissens der verantwortlichen Redakteure.

*Günther Gillessen* schreibt über die Tageszeitungen und setzt sich dabei u. a. mit den Gefahren des Werbefernsehens für diese Zeitungen auseinander, zeigt aber auch Vorteile auf, die die Zeitungslektüre gegenüber dem Fernsehen bietet. Er meint, schlechte Zeitungen müßten um der Meinungsfreiheit willen in Kauf genommen werden. Der Leser habe durch Kaufen oder Nichtkaufen die Entscheidung über die Existenz der Presse in der Hand. Hierbei allerdings unterbewertet er wohl die

finanzielle Bedeutung der mehr oder weniger glückenden Inseratenwerbung und unterläßt den Hinweis darauf, daß auf dem Gebiet der sonstigen Erziehung der Menschen noch viel nachzuholen ist.

*Walter Fabian* weist in seinem Beitrag über die Wochenzeitungen darauf hin, daß diese, die zusammen mehrere Millionen Leser erfassen, dank auch einer ruhigeren Vorbereitungszeit, als sie den Tageszeitungen zugemessen ist, ein ganz besonders wichtiger Faktor der richtigen Orientierung und Meinungsbildung sind. Er beschäftigt sich ausführlicher mit dem Kulturteil dieser Zeitungen („Die Zeit“ u. a.) und mit der Bedeutung einer ausführlicheren Besprechung von politischen Büchern. Er regt an, in stärkerem Maße als bisher auch Diskussionen der Wochenzeitungen untereinander zu pflegen.

*Pawek* schreibt über die Boulevardpresse und die weitverbreiteten illustrierten Zeitschriften, *V. O. Stomps* über literarische und Kunstzeitschriften.

Einen anderen Charakter haben die Beiträge von *Helmut Cron* „Der Journalist und seine Verbände“ und von *Helmut Lindemann* „Die Rolle der freien Publizisten“. Hier wird von den Personen gesprochen, die die Presseerzeugnisse herstellen. Beide Autoren ziehen auch Vergleiche mit der Zeit vor 1933. *Cron* hebt u. a. hervor, daß es auch heute nicht auf den Hochschulabschluß ankomme, sondern vor allem auf die Berufsbegabung. Er würdigt die Rolle des Presserates, der gegen gewisse Tendenzen zur staatlichen Reglementierung entstanden ist und sich allgemein, auch bei den in Frage kommenden Behörden, Achtung erworben hat. Leider konnte *Cron* sich einen Seitenhieb auf die Deutsche Journalisten-Union in der IG Druck und Papier nicht verkneifen.

*Lindemann* unterscheidet die freien Publizisten von den Journalisten-Redakteuren, die zum Teil nur redigieren, was andere geschrieben haben. Der Publizist wolle durch eigene Arbeiten in besonderem Maße in die Öffentlichkeit hineinwirken. *Lindemann* weist auf die Schwierigkeit hin, heute keinen solchen zentralen Ausgangspunkt zu haben, wie es früher einmal Berlin war. Er meint, der freie Publizist müsse unabhängig von jeder Partei bleiben, weil er kompromißlos auszusprechen habe, was er sich selbst als eigene Meinung erarbeitete. *Lindemann* bedauert, daß es in der Bundesrepublik kaum solche Kolumnisten gebe, wie beispielsweise *Walter Lippmann* und andere in den USA. Ein besonderes Lob erfährt der Herausgeber der „Nürnberger Nachrichten“, *Joseph E. Drexel*, der als Ausnahme unter den Verlegern selbst ein echter Publizist sei.

Den Abschluß des informationsreichen, anregenden Buches bildet ein Aufsatz von Überlandesgerichtspräsident a. D. *Richard Schmid*

„Wie frei sind Meinung und Meldung heute?“ Dieser Beitrag ist sehr kritisch, weil Demokratie und verantwortungsvolle Freiheit bei uns noch immer ein sehr junges Pflänzchen sind. *Schmid* wendet sich gegen die Untugend, in bezug auf Meinungs- und Pressefreiheit nur mit Begriffen zu jonglieren. Die Zuständigkeit der Grundrechte gelte für jeden, auch für den Journalisten. Lediglich Verleumdungen und ehrenrührige Behauptungen dürften unter Strafe stehen. Breite öffentliche Diskussionen seien Pflicht, weil die größte Gefahr für die Freiheit ein träges Volk sei. Toleranz gegenüber Andersdenkenden, „demokratische Kultur“ sei die Grundlage, damit freie Meinungsäußerung wirksam werde. *Schmid* bringt Beispiele einer schlechten Rechtsprechung in dieser Beziehung und sieht schon in der Formulierung „öffentliche Aufgabe der Presse“ die Gefahr möglicher Gleichschaltung. Damit werde das Grundrecht der freien Meinungsäußerung zu leicht abhängig gemacht von der Erfüllung einer Aufgabe oder einer Organfunktion. *Schmid* erwähnt auch das Problem des juristischen und materiellen Verhältnisses des Journalisten zu seinem Verleger. *Irmgard Enderle*

## GERHARD MÖBUS

### DIE POLITISCHEN THEORIEN VON DER ANTIKE BIS ZUR RENAISSANCE

Politische Theorien Teil I — Die Wissenschaft von der Politik, Bd. 7, Herg. von den Professoren Dr. O. K. Flechtheim und Dr. O. H. von der Gablentz in Verbindung mit Prof. Dr. Hans Reif im Auftrage des Otto-Suhr-Instituts an der Freien Universität Berlin (vormals Deutsche Hochschule für Politik). Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1964. 303 Seiten, kart. 19,80 DM.

A L F R E D S C H A E F E R

### DAVID HUME — PHILOSOPHIE UND POLITIK

Monographien zur philosophischen Forschung begründet von Georgi Schischkoff, Bd. 34. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan, 1963. 186 S., kart. 17,30 DM.

Die zweite, erweiterte Auflage des zuerst 1958 unter dem Titel „Die politischen Theorien von den Anfängen bis zu Machiavelli“ erschienenen, primär als Hilfe für Unterricht und Studium gedachten Bandes von *Möbus* enthält jetzt außer Texten von Platon, Aristoteles, Polybios, Cicero, Augustinus, Thomas von Aquin, Thomas Morus und Machiavelli auch Auszüge aus den Schriften von Herodot, Thukydides, des zu den Sophisten gerechneten Anonymus Iamblich, von Tertullian, Johannes von Salisbury, Dante, Marsilius von Padua, Wilhelm von Ockham, Niko-

laus von Kues und Erasmus von Rotterdam. Damit tritt jene faszinierende Epoche des späten Mittelalters stärker hervor, in der eine neue Skepsis gegen die etablierten Autoritäten den Grund aufwühlte, aus dem dann die Renaissance erwuchs. Liegt es an der Zielsetzung des Bandes, der eher Wissen vermitteln will als daß er zum Mitdenken anregt, oder liegt es an dem Ansatz von Möbus, der ausdrücklich die Geschichte der Wissenschaft von der Politik nicht erst mit Machiavelli anheben läßt, daß trotzdem so wenig von dem Dynamit spürbar wird, der das geistige Leben des späten Mittelalters erschütterte? Obwohl der Verfasser betont, daß der „geistigen Einordnung des Politischen eine Lehre vom Menschen vorausgeht, sei es als philosophische oder als theologische Anthropologie“ (S. 15), läßt seine Einführung nicht im geringsten erkennen, wie beispielsweise die erkenntniskritische Position des Nominalisten Wilhelm von Ockham, der nur den Individuen, nicht aber umfassenden Begriffen Realität zugesteht, seiner politischen Stellungnahme für die Trennung von Kirche und Staat korreliert. Daß damit eine Loslösung der Politik aus einem umfassenden System der Ethik vorbereitet wird, geht in der Darstellung von Möbus ebenso verloren wie die Ungeheuerlichkeit der Dimension dieser Trennung, an deren Ende die Lehre von der Politik als eine Lehre von der Manipulation der Gesellschaft ersteht. Politische Philosophie und Wissenschaft von der Politik gleichzusetzen erweist sich als wenig fruchtbar.

Was eine Zusammenschau von Philosophie und Politik zu leisten vermag, zeigt *Schaefer's* Schrift über *David Hume*. Sie versucht die in den diversen Werken des auch politisch engagierten Philosophen dargelegten Gedanken nicht so sehr in ein System zu bringen als vielmehr deren des öfteren unexakte Terminologie verständlich zu machen. Hume spezialisierte den Nominalismus Ockhams dahingehend, daß umgreifende Allgemeinheiten, wie soziale Klassen und Institutionen zwar nicht als Ein-Drücke greifbarer Tatsachen bestehen, sie als Vorstellungen und Denkgewohnheiten jedoch durchaus Wirklichkeit gewinnen. Wie modern Hume noch heute ist, ruft *Schaefer's* Darstellung fast Seite für Seite ins Gedächtnis. Der Schotte enthüllte, wie Ideologen darin geübt sind, „die allgemeine Aufmerksamkeit auf die metaphysischen Prinzipien zu konzentrieren, die für Voraussetzungen ihrer politischen Meinungen ausgegeben werden“ (S. 144). Seine Skepsis richtete er schließlich nicht nur gegen das Naturrecht, sondern gegen die politische Philosophie überhaupt, an deren Stelle er eine praktische Politik (*science of politics*) setzte, die so weit ging zu raten, eine an und für sich wahre Idee zur Vermeidung von Unruhen nicht populär werden zu lassen. Damit macht *Schaefer* auf

eine fatale Konsequenz des Humeschen Positivismus aufmerksam. Indem er wie Machiavelli vor ihm die politische Theorie auf den Boden der Empirie zurückholte, lieferte er zugleich die Waffen, die Jahrzehnte 'später dazu dienten, die Angriffe von Paine, Godwin, Spence u. a. auf Staat und Eigentum in Schach zu halten. Deutlicher läßt sich die „Dialektik der Aufklärung“ kaum machen, als es hier am Beispiel Humes geschieht. Ausgerechnet die Befreiung des Menschen von der Metaphysik etabliert das Arsenal, ihn manipulierbar zu machen.

*Hermann Meier-Cronmeyer*

## DIE RUSSISCHE INTELLIGENTSIA

Herausgegeben von Richard Pipes. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1962. 230 S., 9,80 DM.

Beschaffenheit und Aussichten der russischen „Intelligentsia“ sind Untersuchungsgegenstand einer 1960 in den USA erschienenen Aufsatzsammlung, die nun dankenswerterweise auch in deutscher Übersetzung zugänglich ist.

Die Verfasser der einzelnen Beiträge behaupten nicht, wie *Pipes* für sie im Vorwort bekennt, das ihnen gestellte Problem erschöpft oder auch nur umrissen zu haben. Doch gelang es ihnen durchaus, dem Leser wichtige Informationen über die Rolle der Intelligentsia im vorrevolutionären und in Sowjet-Rußland zu geben.

Hierbei standen die Autoren vor der Schwierigkeit, daß eine präzise und allgemeingültige Antwort auf die Frage „Was ist ‚die russische Intelligentsia‘ oder überhaupt ein ‚Intellektueller‘ oder ein ‚Intelligenzler‘?“ nicht gegeben werden kann, zumal westlichen Forschern der direkte Zugang zu der heutigen russischen Intelligentsia verwehrt ist.

Wie bei solchen Sammelbänden nicht anders zu erwarten, ist der Wert dieser Aufsätze unterschiedlich. *Martin Malta* gibt einen knappen und doch inhaltsreichen Überblick über die vorrevolutionäre Intelligentsia. *Leonhard Schapiro* und *Boris Elkin* untersuchen das Verhältnis dieser Gruppe zur bürgerlichen Ordnung. Schapiro hält die „kommunistische Autokratie“ für das Resultat einer Entwicklung, die das Stadium des bürgerlichen Kapitalismus übersprang. Seiner Ansicht nach lehnte die radikale Intelligentsia Recht und Ordnung ab, war ihre Haltung weniger von Vernunft als von moralischer Entrüstung bestimmt. Anderer Auffassung ist jedoch Elkin: Die Mehrheit der Intelligenz wünschte wirklich nur die Herrschaft des Rechtes. Eine Verständigung mit der Monarchie sei nicht möglich gewesen, denn: „Für einen Kompromiß sind zwei Par-

teien nötig, und *Nikolaus II.* war niemals bereit, einen Kompromiß mit den Gegnern der Autokratie zu schließen". Die unterschiedliche Betrachtungsweise Schapiros und Elkins zeigt sich auch in der Beurteilung des gemäßigten bürgerlichen Politikers *Tschitscherins*. Schapiro nennt ihn einen „hervorragenden liberalen Juristen und Philosophen“, Elkin einen „alten Starrkopf“. Abgesehen von dem erfreulich unakademischen Stil hat den Rezensenten auch inhaltlich der Beitrag Elkins mehr beeindruckt als der Schapiros.

*Richard Pipes, Leopold Labedz, David Burg, Leopold Haimson, Max Hayward, David Joravsky* und *Gustav Wetter* befassen sich mit der sowjetischen Intelligentsia. Stellt Pipes ihre Geschichte dar, so untersucht Labedz ihre Struktur an Hand sowjetischer Quellen. Auf dem Hintergrund persönlicher Erlebnisse erzählt David Burg vom Verhalten sowjetischer Universitätsstudenten gegenüber politischer Probleme. Burg fällt der Zwiespalt zwischen der täglichen Arbeit und der Ideologie vieler Komsomolzen auf. Er behauptet: „Eine solche Situation mag unglaublich erscheinen und sie wäre in der Tat dort undenkbar, wo die Freiheit der Meinung und der Diskussion existiert“. Wieso? Burg lebt doch schon mehrere Jahre in Westeuropa. Sollte er wirklich nicht bei seinen westeuropäischen Altersgenossen eine ähnliche Diskrepanz zwischen Ideologie und Wirklichkeit beobachtet haben? Das würde gegen seine Beobachtungsgabe sprechen. Was sollen wir aber dann von seinem Erfahrungsbericht über die sowjetischen Studenten halten?

Heimson und Hayward schreiben über die „Bewältigung“ der stalinistischen Vergangenheit, wie sie im Generationenkonflikt und in den Werken sowjetischer Schriftsteller Ausdruck findet.

Aufschlußreich sind Joravskys und Wetters Beiträge über das Verhältnis von Naturwissenschaften und offizieller Ideologie in der Sowjetunion. Joravsky spricht von einer zyklischen Wechselwirkung zwischen Naturwissenschaften und sowjetischem Marxismus, dergestalt, daß Zeiten der Zusammenarbeit mit solchen der Konflikte abwechseln.. Als Philosophie der Naturwissenschaften hätte der sowjetische Marxismus früher die Funktion eines unfertigen Glaubens streitbarer Ideologen und einer Geißel für verdächtige Wissenschaftler gehabt. Es ist gut, daß Joravsky hier vom „sowjetischen Marxismus“ spricht, denn *Marx* selbst hatte durchaus nicht die Absicht, eine Philosophie der Naturwissenschaften zu entwickeln. Diesen Versuch unternahm vor Lenin lediglich *Engels* und *Kautsky*. Wetter glaubt aus der Tatsache, daß die Partei den Streit zwischen den Mitschurin-Anhängern und ihren Gegnern bisher nicht liquidierte, schließen zu dürfen, „daß sich

langsam auch innerhalb der Partei die Erkenntnis Bahn bricht, daß wissenschaftliche Kontroversen nicht mit ideologischen Mitteln, und viel weniger durch Parteibeschlüsse zu lösen sind“.

Im letzten Aufsatz untersucht *Benjamin Schwartz* schließlich die Intelligentsia im kommunistischen China. Er bringt interessante Vergleiche zwischen westeuropäischen Intellektuellen und der sowjetischen Intelligentsia, um so eine Ausgangsbasis für eine Gegenüberstellung der sowjetischen und der chinesischen Intelligentsia zu gewinnen.

Insgesamt darf man dieses Buch wohl als einen gelungenen Versuch ansehen, über die soziale Funktion und die historische Mission der Intellektuellen in der Sowjetunion zu orientieren.  
*Dr. Wilfried Gottschalch*

## RÉMY CHAUVIN TIERE UNTER TIEREN

Staat und Gesellschaft im Tierreich. Scherz Verlag, Bern - München - Wien 1964. 292 S., Ln. 19,80 DM.

Der Entomologe Rémy Chauvin, Direktor der französischen Forschungsanstalt für Bienenkunde, unternimmt es, seine Leser über die Zivilisation der staatenbildenden Insekten zu unterrichten und die Unterschiede in ihrem und dem menschlichen Verhalten herauszuarbeiten. Es ist „zweifelloso gerechtfertigt“, so schreibt er, „in bezug auf die Insekten von einer Zivilisation zu sprechen, wenn man darunter die Entwicklung hochkomplizierter sozialer Mechanismen, die gemeinsame Bewältigung von Aufgaben, die methodische Aufzucht des Nachwuchses durch die Gemeinschaft und die Aufteilung der Arbeit auf bestimmte Untergruppen versteht. Allerdings bedient sich der Mensch, um zu den gleichen Ergebnissen und noch weit darüber hinaus zu gelangen, ganz anderer Methoden. Dieser Unterschied in den Methoden ist übrigens das interessanteste Thema der insektensoziologischen Forschung. Im Insektenstaat geht das Einzeltier ganz und gar in der Gemeinschaft auf, während sich bei den menschlichen Gemeinschaften eine Absorption des einzelnen nur andeutungsweise findet.“

Er fragt, warum die Insekten, die 80 vH aller Tierarten stellen, die zu den ältesten Lebewesen der Erde gehören (die Termiten entwickelten sich vor 200 Millionen Jahren, den homo sapiens gibt es erst seit 150 000), warum sie es nicht waren, die zu Herren der Erde wurden, sondern der Mensch? „Manchmal glaubt man, daß den Insekten nur noch ein kleiner Schritt fehlte.“ Der Beantwortung dieser Frage gilt über die Hälfte des Buches, in



dem der Autor die Insektenstaaten der Bienen, Wespen, Ameisen und Termiten beschreibt und die Probleme darstellt, die sich aus der Unmöglichkeit dieser Lebewesen, als Einzelwesen zu existieren, ergeben.

Chauvin macht uns nicht nur mit seinen eigenen Forschungen bekannt. Er kennt Methodik und Materie seiner Disziplin so genau, daß er mühelos die Forschungsergebnisse einer Reihe von Entomologen darlegt, so die des Nobelpreisträgers Karl v. Frisch, „des größten Biologen seit Pasteur“, der für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Bienenforschung den Nobelpreis erhielt.

Aber er will noch mehr, nämlich die „völlig außerhalb unserer Menschenwelt liegenden Tiergemeinschaften, die Insektenstaaten, mit den lediglich ‚paramenschlichen‘ (jedoch keineswegs ‚antimenschlichen‘) Gemeinschaften der Vögel und Primaten“ vergleichen. Der Teil des Buches, der sich mit ihnen, den Vögeln und Primaten, beschäftigt, verrät jedoch, daß Chauvin Entomologe ist; „irgendwie enttäuschen mich die Wirbeltiere; sind sie doch im Vergleich mit den Insekten in meinen Augen zu einfach, in ihren Lebensgemeinschaften zu primitiv“, sagt er selbst. Trotzdem ist auch dieser Teil des Buches insofern anregend, als er bisher nur in der Fachwissenschaft bekannte Forschungsergebnisse beschreibt.

Es ist kein ausschließlich wissenschaftliches Buch, aber das will es auch nicht sein. Chauvin informiert in flüssigem Erzählstil über die Arbeitsweise der Verhaltensforscher, so daß der interessierte Laie einen Einblick gewinnen kann.

Die Übersetzung von *Alfred P. Zeller* hat dem Text seine Lesbarkeit und Allgemeinverständlichkeit erhalten

*Annemarie Zimmermann*

## JOSEF LUITPOLD

### DIE GROSSE WARNUNG

Band II des Gesamtwerks „Das Sternbild“. Europa-Verlag, Wien, 464 S., Ln. 24,50 DM.

Der 80. Geburtstag dieses österreichischen Arbeiterdichters rückt näher. Im Frühjahr 1966 wird dann das Gesamtwerk in fünf Bänden vorliegen. Band I („Glitzert, Plejaden!“) wurde hier bereits ausführlich besprochen (GM Heft 6/1965). Der kürzlich herausgekommene zweite Band ist ebenso prächtig ausgestattet wie „Glitzert, Plejaden!“. Hervorzuheben sind die Illustrationen von *Alfred Kubin*, *Frans Masereel* und *O. R. Schatz*. Auch dieser umfangreiche Band enthält zwei Bücher: „Herz im Eisen“ (Politische Lyrik und Antikriegsgedichte) und „Der Schrei der Opfer“ (Erzählungen und Essays über Flücht-

lings- und Emigrantennot, über Verfolgung und Unterdrückung und Opferung des Menschen).

Viel Bitterkeit, viele Anklagen und nur selten Trost findet der Leser in diesem Buch. Ist das die Schuld des Dichters? Nein, er spiegelt in seinem Werk eine Welt, die noch schlimmer, noch gefährdeter ist, als es im Wort, im Gleichnis ausgedrückt werden kann. „Wenn euch mein Angesicht mißfällt, gedenkt, ich litt in arger Welt“, sagt Luitpold in einem der Gedichte.

In der Einleitung von *Ernst Mayer* steht der treffende Satz: „Josef Luitpold war und ist die Armut kein ‚großer Glanz von Innen‘ (*Rilke*), sondern ein lebenslanger Anlaß, sie uneingeschränkt als jenes Übel zu bekämpfen, das den Menschen der angeborenen Würde beraubt.“ Mit dem Wort des Dichters kämpft Josef Luitpold an gegen Armut und Unrecht, gegen Gewalt und gegen Unwissenheit und Unterwürfigkeit der Menschen. Und wiederum überzeugt Luitpold durch Sprachkraft und Formsicherheit. Der Rahmen einer knappen Rezension erlaubt leider nicht, Beispiele dafür anzuführen.

*Walter Köpping*

## WALTER BAUER

### DER WEG ZÄHLT, NICHT DIE HERBERGE

Prosa und Verse 1928—1964. Ernst Tessloff Verlag, Hamburg 1964. 480 S., Paperback 14,50 DM.

Als 25jähriger Leuna-Arbeiter erregte Walter Bauer Aufsehen mit seinen ersten Gedichten („Kameraden, zu euch spreche ich“). Unverfälscht und packend hatte er Arbeitserlebnis, Gefahren, Unfälle und auch das Aufbegehren der Arbeiter literarisch fixiert. Andere Gedichte zeugten für die brüderliche Liebe der Arbeiter, für ihre Hoffnungen und Sehnsüchte. — Bis 1933 legte Bauer vier Bücher vor, die die deutsche Arbeiterdichtung bereicherten und die für die Zukunft viel versprachen. Brutal zerstörten die braunen Machthaber diese künstlerische Hoffnung. Bauers Bücher wurden verboten.

Nach 1945 veröffentlichte Walter Bauer in rascher Folge Gedichtbände (u. a. „Mein blaues Oktavheft“, 1953), Romane (u. a. „Besser zu zweit als allein“, 1950), Hörspiele und Biographien („Die langen Reisen“, „Die Sonne von Arles“, „Folge dem Pfeil“). 1952 verließ Bauer als ein Enttäuschter die Bundesrepublik und begann in Kanada als Holzfäller, Tellerwäscher, Gelegenheitsarbeiter ein neues Leben. Warum ging er? „Ich wollte nicht vor Scham, Ekel, Zorn und Resignation ersticken“, schrieb er einem Freunde. „Das Morgenrot, das wir erhofften, ist nicht gekom-

men. Restauration und Reaktion sind im Begriff, die Plätze einzunehmen." Als 50jähriger begann er wieder da, wo er als junger Mensch stand: als Arbeiter. Und er blieb, was er stets war, ein Freund der Armen und Gedeemütigten. Dafür sind viele seiner Gedichte, die er in Kanada schrieb, Beweis.

Walter Bauer, inzwischen 60 Jahre alt, ging seinen Lebensweg ohne Brüche und Winkelzüge. Und so überrascht es nicht, daß Themen und dichterische Deutungen im Frühwerk und im Spätwerk weithin übereinstimmen. In der Handhabung der künstlerischen Mittel wurde er freilich sicherer und vielseitiger. Sprachlich gerafft und pointiert sind seine letzten Gedichte. Damals wie heute ist für Walter Bauer auch das Verborgene, das Unaufällige, das Alltägliche groß und beachtenswert. Und immer wieder mahnt er zu Nächstenliebe und Frieden:

*Heute sah ich  
auf einem Lastwagen Kühe,  
die zum Schlachthof gefahren wurden;  
ruhig rauchte der Fahrer am Lenkrad.  
So führen wir zur Front, und  
ruhig rauchte der Fahrer am Lenkrad.  
Später wurden wir zurückgebracht,  
dezimiert, wie man sagt, erheblich sogar,  
und zu wohlverdienter Ruhe für das Ende.  
Ein anderer Fahrer saß ruhig rauchend  
am Lenkrad.*

Walter Bauer blieb stets der Arbeiterbewegung verbunden. Das Einleitungsge-dicht zu „Stimme aus dem Leuna-Werk“ (1930) schließt er bescheiden mit den Worten: „ . . . dein unbekannter Zeitgenosse W. B.“ Kennzeichnend für ihn und sein Werk sind andere Zeilen aus diesen Jahren: „ . . . ich will dich aufsuchen in den Bergwerken, mein Bruder, / und berichten, wie du leidest und lebst mein Bruder, / ohne zu beachten, ob es schön klinge und Reim werde . . .“ 25 Jahre später schreibt er in einem Brief aus Kanada: „Hier bin ich niemand — everybody —, der wie alle im ‚streetcar named Jane Bloor‘ fährt, in einem lunch-room ißt, von keinem angesehen, von keinem gefragt, was das nächste Buch macht — und das empfinde ich als wohltuend.“ Und in einem Gedicht aus der letzten Zeit berichtet er von den Menschen, die mit ihm im gleichen Viertel in Toronto wohnen. Es sind Verkäuferinnen, Arbeiter, Boten, Hausfrauen, Polizisten:

*. . . sie belehren mich, ohne viel zu sagen.  
Ich ziehe sie allen Kongressen vor. Sie sind  
Freunde und Berater.*

Leider ist Walter Bauer heute bei uns fast unbekannt. Was wir verlieren würden, wenn wir ihn und sein Werk vergäßen, das zeigt der von Ernst Tessloff vorgelegte Auswahlband. Er ermöglicht uns erneut eine Begegnung mit Walter Bauer. Sie wird jeden, der

diese Begegnung sucht, reicher machen; er wird aus dem Werk Bauers Einsicht und Zuversicht und Trost gewinnen.

Walter Köpping

## IDEOLOGIE

Ideologiekritik und Wissenssoziologie. Herausgeg. und eingeleitet von Kurt Lenk. Soziologische Texte Band 4, Luchterhand Verlag, Neuwied am Rhein und Berlin, 2. durchgesehene und wesentlich erweiterte Auflage 1964. 416 S., Ln. 28 DM, Studienausgabe 13 DM.

## DER HERRSCHAFTSVERTRAG

Übersetzungen von Peter Badura und Hasso Hofmann, herausgegeben von Alfred Voigt, Luchterhand Verlag, Neuwied am Rhein und Berlin 1965, 249 S., Ln. 28 DM.

Der Ideologiebegriff ist mittlerweile in den Wortschatz der Umgangssprache eingegangen. Eduard Spranger schrieb 1954: „Nur selten noch ist die Rede von politischen Ideen und Idealen, hingegen sehr viel von politischen Ideologien.“ Doch besteht keine Einigkeit darüber, was Ideologie heißen soll und was Ideologien sind. Übereinstimmung herrscht wohl lediglich in der Auffassung, daß Ideologien etwas mit der realen geschichtlichen Bewegung der Gesellschaft zu tun haben. Immerhin lassen sich bestimmte Tendenzen im Gebrauch des Ideologiebegriffs beobachten. Machen die konservativen Positivisten den „Zusammenhang zwischen sozialer Seinslage und Sicht“ (Karl Mannheim) zum Gegenstand der Ideologieforschung, so gilt den Anwendern der kritisch-historischen Theorie der Gesellschaft in der Nachfolge von Karl Marx jenes Denken als ideologisch, das ein falsches Bewußtsein von der gesellschaftlichen Wirklichkeit hat. Halten also die kritischen Aufklärer an der Möglichkeit einer der Wahrheit mächtigen Vernunft fest, so wird für die Schüler von Karl Mannheim Seinsverbundenheit identisch mit mangelnder Objektivität. Ist für die einen der Ideologiebegriff eine Waffe im Kampf um die Aufhebung gesellschaftlicher Antagonismen, wird er für die anderen ein neutrales Instrument soziologischer Forschung.

Wer sich für diese Funktionswandlungen des Ideologiebegriffs interessiert, wird dankbar zu der vorliegenden Auswahl von Arbeiten zum Ideologiebegriff greifen, denen Kurt Lenk eine ausgezeichnete Einleitung beigegeben hat, die zu dem oben flüchtig skizzierten Gedankengang führt. Die Reihe der Autoren reicht von Francis Bacon bis Leszek Kolakowski. Neu hinzugekommen sind in der 2. Auflage Pareto, Mosca, Adorno, Blum, Goldmann, Horkheimer und H. Marcuse.

Bei Durchsicht der inhaltsreichen Sammlung stößt man auf einen Auszug aus Georg

Lukacs' „Gesuchte und Klassenbewußtsein“. Demnächst erscheint dieses Buch in der Gesamtausgabe seiner Werke. Lukacs zögerte lange, der Neuaufgabe zuzustimmen. Gewiß: er hat sich von diesem Buch distanziert. Doch hat Lukacs sich offenbar dankenswerterweise die Auffassung von *Joseph A. Schumpeter* zu eigen gemacht, der sagte, ein einmal publiziertes Buch habe Eigenleben und höre auf, geistiges Eigentum seines Verfassers zu sein. — Ein Lesebuch zur Geschichte der politischen Ideen unter der Fragestellung: Was haben die großen Sozialphilosophen über den Herrschaftsvertrag gedacht? hat *Alfred Voigt* herausgegeben. Seine Textauswahl reicht von *Piaton* bis *Hegel*. Die Lektüre dieses Bandes lohnt sich. Der Kampf zwischen Aufklärungs- und Verhüllungsphilosophen ist so alt, wie das Interesse an der Veränderung und Verteidigung überkommener gesellschaftlicher Verhältnisse, die nur zu oft der Stabilisierung überflüssiger Herrschaft dienen. Die Theorien über den Herrschaftsvertrag werden heute leicht in ihrer politischen Bedeutung verkannt. Man hält sie für bloße Gedankenkonstruktionen und übersieht, daß sie oft wirksame

Werkzeuge waren, tradierte Herrschaft denkender Kritik zu unterwerfen. Schon der Grieche *Alkidamas* sagte, es sei Aufgabe der Philosophen, den Kampf gegen Gesetz und Brauch zu führen (S. 38). Alkidamas war überdies einer der ersten, der für die Beseitigung der Sklaverei eintrat.

Die Einleitung von *Alfred Voigt* gibt einen ersten Überblick über das Buch. Allerdings fehlen nähere Hinweise auf die Beziehungen der Theorien über den Herrschaftsvertrag zur sozialen Entwicklung. Einige Urteile erscheinen mir fragwürdig: War *Machiavellis* Begeisterung für *Cesare Borgia* wirklich „bedingungslos“ oder war sie vielmehr an die Hoffnung geknüpft, Cesare Borgia würde tatkräftig für die politische Einigung Italiens eintreten? Und paßte die Staatsphilosophie *Hobbes* so wenig auf das England seiner Zeit, wie das *Voigt* meint? In *Max Horkheimers* Buch „Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie“ kann man das anders lesen. Ähnliche Fragen scheinen mir da und dort angebracht. Sie mindern aber nicht den Wert des anregenden Buches. *Dr. Wilfried Gottschalch*

## GEWERKSCHAFTLICHE INFORMATIONEN

Zum erstenmal veranstaltet der IBFG sein jährliches Internationales *Jugendleiterseminar* außerhalb Europas, und zwar in Mexico City, vom 3. bis 16. Oktober 1965. Schon jetzt ist die Teilnahme von 50 Gewerkschaftsjugendleitern aus 25 Ländern gesichert.

Der *Kongolesische Gewerkschaftsbund* FGTK, der dem IBFG angeschlossen ist, bedauerte in einer Erklärung den Beschluß, die ursprünglich für Ende März 1965 vorgesehenen Wahlen im Kongo Leopoldville zu vertagen.

Dr. *Paul Jostock*, dem gemeinsam mit Prof. *Eduard Heimann* der Kulturpreis des Deutschen Gewerkschaftsbundes für 1965 zuerkannt worden ist, starb am 24. April 1965 im Alter von 69 Jahren. Der frühere Präsident des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg hat u. a. folgende Bücher veröffentlicht: „Der Ausgang des Kapitalismus“ (1928), „Der deutsche Katholizismus und der Kapitalismus“ (1932), „Grundzüge der Soziallehre und -reform“ (1946), „Das Sozialprodukt und seine Verteilung“ (1955); sehr wesentlich ist auch *Jostocks* grundlegender Aufsatz „Gibt es noch ein Proletariat?“ in der unter diesem Titel von *Marianne Feuersenger* veröffentlichten Schrift (Europäische Verlagsanstalt Frankfurt a. M. 1962).

Am 18. Mai 1965 ist in Luxemburg im Alter von 67 Jahren *Paul Finet* gestorben, eine der führenden Persönlichkeiten der westeuropäische Gewerkschaftsbewegung. — Als Sohn eines belgischen Stahlarbeiters geboren, wurde *Finet* zunächst Metallarbeiter; seit 1928 war er hauptberuflich im Belgischen Gewerkschaftsbund tätig. Während des Krieges gehörte *Finet* der belgischen Exilregierung in London an, nach Kriegsende wurde er Generalsekretär des Belgischen Gewerkschaftsbundes; 1949 wurde er einstimmig zum Ersten Präsidenten des damals gegründeten IBFG gewählt. Dieses Amt legte er 1951 nieder, um sich ganz den Aufgaben der europäischen Integration zu widmen. Seit 1952 war er Mitglied der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, deren Präsident er zeitweise war.

Am 2. Juni 1965 entschlief nach langem Leiden im Alter von erst 62 Jahren *Pater Dr. rer. pol. Eberhard Welty O. P.*, Dozent für Ethik und Moraltheologie am Generalstudium der Deutschen Dominikaner zu Walberberg. Er veröffentlichte zahlreiche Schriften auf dem Gebiet der katholischen Soziallehre und war Begründer und Herausgeber der im 19. Jahrgang erscheinenden Zeitschrift „Die neue Ordnung in Kirche, Staat, Gesellschaft, Kultur“.

In der Nacht zum 7. Juni 1965 starb in Dortmund im Alter von 87 Jahren *August Schmidt*, der „große alte Mann“ der deutschen

Bergarbeiter. Seit 1903 gewerkschaftlich organisiert, wurde er 1918 Vorstandssekretär der Hauptverwaltung des Bergarbeiterverbandes — der erste Tarifvertrag im deutschen Bergbau trägt seine Unterschrift. Im Dritten Reich verhaftet und verfolgt, gehörte August Schmidt 1945 zu den ersten, die mit dem Neuaufbau 1953 war August Schmidt 1. Vorsitzender der IG Bergbau. Eine Stiftung für die Waisen tödlich verunglückter Bergleute trägt seinen Na-

Ernst Schnabel, Hans Schalk, Will Quadflieg, Maria Wimmer, Boleslaw Barlog, Hannes Messemer — überreichten ihm einen kunstvoll gearbeiteten Ring und eine Urkunde, in der es heißt: „Wir haben uns daran gewöhnt, daß in unserer Zeit die schöpferischen Leistungen der Künstler durch Staat, Gesellschaft und Orgader deutschen Gewerkschaften t Opfer und Anstrengungen jener Persönlichkeiten, die sich um den Brückenschlag vom Künstler zum Publikum bemühen, sollten Jemen,

doch nicht ge

#### GEWERKSCHAFTLICHE INFORMATIONEN

*Otto Burrmeister*, der Leiter der Ruhrfest-über den Auschwitz-Prozeß eine lobende Erspiele, erlebte eine ungewöhnlic 50 Künstler — unter ihnen Henry Moore,

*Werner Spanehl*, Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung *Deutsche Post*, erhielt — ein seltenes Ereignis — zum zweiten Male den Theodor-Wolff-Preis für das beste Feuilleton des Jahres und gleichzeitig für einen Aufsatz des Jahres und gleichzeitig für einen Aufsatz preises 1964.

**MITTEILUNGEN** Prof: Dr: *Glsbert Rittig*, 1904 in Falkenau geboren, in Prag aufgewachsen, studierte Staats- und Wirtschaftswissenschaft in **DER REDAKTION** München, lehrte an den Universitäten Heidelberg, Breslau,

Göttingen, dort seit 1951 o. Prof. (Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft, Statistik), Direktor des Volkswirtschaftlichen Seminars und des Versicherungswirtschaftlichen Seminars der Universität Göttingen. Mitglied des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des PV der SPD, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft; veröffentlichte u. a.: „Die Indeterminiertheit des Preissystems“, *Jahrb. f. Sozialwissenschaft*, I 1950, II 1951; „Theoretische Grundlagen der Sozialisierung“, *Schriften d. Vereins f. Sozialpol.* 1950; „Sozialismus heute“ Hannover 1953; Beiträge über „Wirtschaftliche Macht“, „Wirtschaftsrechnung“, „Sozialisierung: Theorie“ im *Hwb. d. Sozialwissensch.*, 1952—62; „Über einige theoretische Hintergründe des Vermögensbildungsplan der IG Bau, Steine, Erden“ in: G. Leber, *Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand*, Dokumentation 3, 1965; „Bemerkungen zur sogenannten Versachlichung der Lohnpolitik“ in: *Gewerkschaft — Wirtschaft — Gesellschaft*, Beiträge zu wirtschaftlichen und sozialen Gegenwartsfragen, Bund-Verlag, Köln 1963.

*Dieter Kuhr*, Jahrgang 1935, studierte an der Universität Hamburg Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachrichtung Volkswirtschaft. Im November 1963 schloß er sein Studium mit dem Diplom-Volkswirt ab. Seit etwa einem Jahr ist Dieter Kuhr als Redakteur im Bund-Verlag tätig. — Nach Abschluß des Aufsatzes von Kuhr hat sich u. ä. auch der nordrheinwestfälische Kultusminister Prof. Mikat ablehnend zur Aktion „Saubere Leinwand“ geäußert. Verzeichnet sei außerdem, daß ähnliche Bestrebungen in der Schweiz auf den schärfsten Widerspruch der großen demokratischen Zeitungen (z. B. *Tages-Anzeiger* Zürich, 16. 6. 1965) gestoßen sind.

Dr. *Walter Becker*, von dem wir schon mehrfach Aufsätze veröffentlichen konnten, ist Leitender Regierungschrektor in Hamburg.

Der Beitrag von Dr. jur. *Rolf Groß*, Regierungsrat im Hessischen Justizministerium, ergänzt den Aufsatz dieses Autors in Heft 5/1965 der GM.

Dr. *Immanuel Geiss* veröffentlichte soeben in der Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Buch „Gewerkschaften in Afrika“, das demnächst in den GM gewürdigt werden wird (Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1965, 233 S., kart. 19,80 DM).

Unter dem Titel „*Ernst Bloch zu ehren'*“ erscheint in diesen Tagen eine Festschrift zum 80. Geburtstag des Philosophen, mit Beiträgen von Th. W. Adorno, Iring Fetcher, Michael Landmann, Werner Maihofer, Hans Mayer, Paul Tillich, Fritz Vilmar u. a. (Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M., ca. 400 S., Ln. 28,— DM).

Anläßlich des Todes des großen jüdischen Philosophen *Martin Buber* erinnern wir an den in unserer Zeitschrift in Heft 10/1964 veröffentlichten Aufsatz „Martin Buber — ein Denker des Gesprächs und der Begegnung“ von *Gerhard Wehr*.

Der in Ost-Berlin lebende Schriftsteller *Johannes Bobrowski* erhielt den hochangesehenen Schweizer Charles-Veillon-Preis. Die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ haben in einem Aufsatz „Der Lyriker Johannes Bobrowski“ von *Rolf Haufs* (Heft 12/1963) als eine der ersten westdeutschen Zeitschriften auf die Bedeutung dieses deutschen Dichters hingewiesen.